

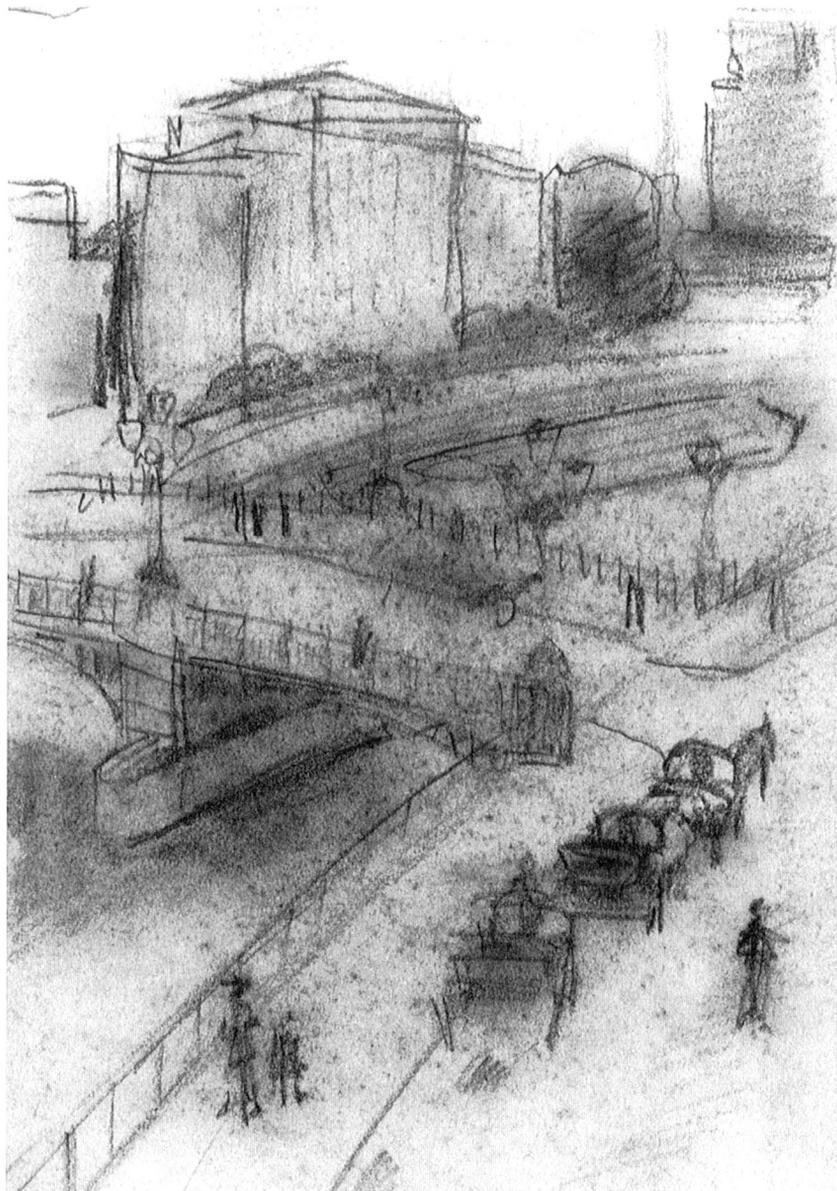
MITTEILUNGEN

DER

WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT

Nr. 6

März 1996



Mitteilungen der Walther Rathenau Gesellschaft

Nr.6

Herausgeber:

Walther Rathenau Gesellschaft e.V., Frankfurt a.M.

Redaktion:

Martin Sabrow, Günter Schilling

Berlin, März 1996

(Titelseite)

Aus Walther Rathenaus Skizzenbüchern:

Berlin, Spreebrücke (um 1892)

**MITTEILUNGEN
DER
WALTHER RATHENAU
GESELLSCHAFT**

**Nr. 6
März 1996**

INHALT

GRÜßWORT DES VORSITZENDEN	3
DIE WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT im Jahre 1995. BERICHT DES VORSTANDES von Günter Schilling, Bad Homburg	4
FINANZBERICHT FÜR 1995 von Götz Küster, Grafenhausen	6
WALTHER RATHENAU IN DER HISTORIOGRAPHIE der DDR von Fritz Klein, Berlin	8
RATHENAU'S SCHWIERIGER WEG IN DIE REPUBLIK. ZU SEINER PUBLIZISTIK IM JAHR 1919 von Stefan Meineke, Freiburg	15
WALTHER RATHENAU UND DIE ANFÄNGE DER MOTORLUFTFAHRT IN DEUTSCHLAND von Jürgen Seifert, Bitterfeld	27
NEUE MITGLIEDER	35
NACHRUF	35
NEUERSCHEINUNGEN	36

Liebe Rathenau-Freunde,

am 29. September 1995, dem 128. Geburtstag Walther Rathenaus, haben Sie mich zum Vorsitzenden unserer Gesellschaft gewählt. Für das mir damit erwiesene Vertrauen danke ich Ihnen. Ich werde mich bemühen, das Amt im Geiste meiner Vorgänger auszufüllen, und benutze die Gelegenheit, Herrn Karl Gustaf Ratjen für seine verdienstvolle Amtsführung in den vergangenen acht Jahren in unser aller Namen herzlichen Dank zu sagen.

Für meine Amtszeit sehe ich zwei wesentliche Aufgaben. Die Klärung der bisher ungeklärten Rechtslage für das Schloß Freienwalde, bei dem es um die Erhaltung der Rathenau-Gedenkstätte geht. Sie ist nach der Wiedervereinigung unter hohem persönlichem und materiellem Aufwand von Mitgliedern unserer Gesellschaft im Zusammenwirken mit der Verwaltung des damals bestehenden Landkreises errichtet worden. Hier geht es darum, zusammen mit den in Politik und Verwaltung Verantwortlichen das Weiterbestehen dieser, für die neuere deutsche Geschichte so bedeutsamen Stätte zu sichern.

Die zweite große Aufgabe, die vor uns liegt, ist die Fertigstellung der Gesamtausgabe der Werke Walther Rathenaus. Wie Sie wissen, sind die Arbeiten an ihr durch das Auffinden des Nachlasses von Walther Rathenau in Moskau insofern verzögert worden, als die Herausgeber damit die Möglichkeit erhalten haben, eine definitive Edition zu schaffen, die jedoch zusätzlicher Arbeit bedarf. Die noch ausstehenden Bände stehen kurz vor der Vollendung der Textvorlagen. Unsere Aufgabe wird es sein, die Drucklegung so rasch wie möglich zu veranlassen und, soweit nötig, finanziell zu unterstützen.

Wir haben uns in unserer Satzung das Ziel gesetzt, das Werk Walther Rathenaus für Gegenwart und Zukunft zu erhalten. Dazu bedarf es noch großer Anstrengungen. Bitte helfen Sie uns im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen.

Marcus Bierich

Günter Schilling

DIE WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT IM JAHRE 1995

Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Vorstandes in der Mitgliederversammlung unserer Gesellschaft wurde am 29. September 1995 in Schloß Freienwalde ein neuer Vorsitzender gewählt. An die Stelle von Karl Gustaf Ratjen, der aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung stand, trat Dr. Marcus Bierich, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Robert Bosch GmbH, seit vielen Jahren ein großzügiger Förderer der Arbeit unserer Gesellschaft.

Auch im letzten Jahr nahm die Arbeit mit dem Landkreis Märkisch-Oderland in bezug auf Schloß Freienwalde den größten Teil der Aktivitäten des Vorstandes in Anspruch, wengleich sich eine grundsätzliche Lösung der Probleme noch nicht abzeichnet, über die Dr. Martin Sabrow in den Mitteilungen 5 (1995) berichtet hatte.

Mit der Leiterin der staatlichen Grundschule „Walther Rathenau“ in Weimar wurde Verbindung aufgenommen. Zur Information des Lehrkörpers über den Namenspatron erhielt die Schule von uns entsprechendes Material.

In Bitterfeld soll das Gymnasium nach Walther Rathenau benannt werden. Hier verzögert sich die Namensgebung, weil die Schulträgerschaft zur Zeit von der Stadt auf den Landkreis übergeht. Unser Mitglied Dr. med. Jürgen Seifert, ein ehemaliger Schüler des Gymnasiums, vertritt hier unsere Interessen ebenso wie bei der Stadtverwaltung, die um weitere Ehrungen Walther Rathenaus in Bitterfeld bemüht ist.

Immer wieder tauchen bisher unbekannte Rathenau-Stücke auf. Mehr als sieben Jahre nach dem Tode von Ursula von Mangoldt, der zweitältesten Nichte Walther Rathenaus, wurde in Bad Säckingen ein Restnachlaß von ihr gefunden, der aus fünf Skizzenbüchern und einem Notizbuch Walther Rathenaus besteht. Aber auch in Salzburg fanden sich noch Stücke mit Bezug auf Walther Rathenau, u.a. alte Fotografien, die Maria Holzhausen, die älteste Nichte Walther Rathenaus, gesammelt hatte. Dank der Großzügigkeit der Familie sind diese Restnachlässe jetzt im Besitz unserer Gesellschaft; das Titelbild dieses Hefes stammt aus einem der neuen Skizzenbücher.

DIE WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT IM JAHRE 1995

Der Vorstand trat im Jahre 1995 am 25. Januar in Freiburg, am 1. Juni in Stuttgart und am 29. September in Schloß Freienwalde zusammen. An der Sitzung in Stuttgart konnte zu unserer Freude unserer Ehrenvorsitzender Professor Theodor Eschenburg teilnehmen. Behandelt wurden in allen drei Zusammenkünften hauptsächlich die laufend schwieriger werdende Situation von Schloß Freienwalde und Fragen der Editionsarbeit. Das Protokoll über die Mitgliederversammlung am 29. September 1995 ist allen Mitgliedern zugegangen. Am 31. Dezember 1995 gehörten unserer Gesellschaft 62 Mitglieder an.

Götz Küster

FINANZBERICHT FÜR 1995

Unser finanzielles Volumen in Einnahmen und Ausgaben hat sich gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich geändert, wenn man von einer Sonderzahlung absieht, die uns vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zugeflossen ist: DM 50.000,- aus dem Zuschuß von DM 60.000,-, der 1990 für die Bearbeitung von Band I der Rathenau-Edition bewilligt worden ist (1992 sind DM 10.000,- als erste Rate an uns überwiesen worden). Weil wir als gemeinnützige Institution nicht thesaurieren dürfen, andererseits aber noch nicht abzusehen ist, wann und in welchen Raten das Geld gebraucht wird – bekanntlich wird der Band I als letzter der Edition erscheinen -, wurde der Betrag nach Rücksprache mit dem für uns zuständigen Finanzamt auf ein gesondertes Festgeldkonto genommen.

Ohne den Stifterverband-Zuschuß hatten wir im Jahr 1995 Einnahmen von DM 23.699,43, hierin sind Sonderspenden von DM 17.500,- enthalten, für die wir besonders dankbar sind. Die Ausgaben betragen DM 20.087,77; hiervon waren DM 3.937,22 Verwaltungsaufwand (Porti, Telefongebühren, Reisespesen); der Druck der „Mitteilungen“ des Vorjahres hat DM 1.987,20 gekostet; für den Kauf einer seltenen Graphik auf einer Berliner Auktion haben wir DM 4.349,82 und für die Schutzverglasung der lichtempfindlichen Bilder in unserem Eigentum, die wir leihweise ins Schloß Freienwalde gegeben haben, DM 6.058,61 aufgewandt; und schließlich sind uns durch die Mitgliederversammlung am 29. September im Schloß Freienwalde Kosten von DM 1.642,68 entstanden. Enthalten in den Ausgaben sind außerdem DM 2.580,- als Honorare für studentische Hilfskräfte, die für die Herausgeber der Rathenau-Edition tätig waren. Weil die Ausgaben früher angefallen sind, als Einnahmen zuflossen, wurde das Festgeldkonto mit DM 6.000,- in Anspruch genommen.

Zu Jahresbeginn hatten wir auf unserem Girokonto einen Bestand von DM 6.944,22, am Jahresende DM 16.555,88; sobald abzusehen ist, welche Ausgaben in nächster Zeit auf uns zukommen, werden wir einen Teil des Überschusses wieder als Festgeld anlegen. Auf unserem

FINANZBERICHT FÜR 1995

Festgeldkonto Nr. 1 hatten wir am Jahresbeginn DM 15.000,-, am Jahresende DM 9.000,-; und auf dem neu eingerichteten Festgeldkonto Nr. 2 (Stifterverband) liegen, wie berichtet, zweckgebunden für Band I der Edition DM 50.000,-. Zu erwähnen ist noch, daß uns das zuständige Finanzamt Frankfurt am Main III aufgrund unserer Steuererklärung mit Datum vom 20. Juni 1995 wieder als „wissenschaftlich-gemeinnützig“ anerkannt hat. Die nächste Steuerprüfung ist 1998 fällig. Und schließlich: Falls Sie Ihre Jahreszahlung noch nicht geleistet haben, ein Überweisungsformular liegt hier zu Ihrem freundlichen Gebrauch bei. Es versteht sich, daß auch gerne ein höherer Betrag als die satzungsgemäßen DM 100,- pro Jahr entgegengenommen wird ...

Fritz Klein

WALTHER RATHENAU IN DER HISTORIOGRAPHIE DER DDR*

In die Reihe der „großen Widersprüchlichen“ in der jüngeren deutschen Geschichte hat Christoph Stölzl ihn in seinem Vorwort zu dem schönen Katalog der Rathenau-Ausstellung gestellt, einen Mann, dessen „in extremen Pendelschlägen eines in extremis geführten geistigen Lebens“ den Nachgeborenen das Verständnis schwer mache. Immer haben die Erfahrungs- wie Bewußtseinsebenen einer jeweiligen Gegenwart in hohem Maße das Bild bestimmt, das man sich von Wesen und Wirken des so bemerkenswerten wie seltsamen Mannes machte. Was ich Ihnen heute vorzutragen habe, ist die Beschreibung eines Rathenau-Bildes, das weithin geprägt war von den Einseitigkeiten eines rigide durchgesetzten, offiziellen Geschichtsbildes. Von Verkürzungen, ja Verzerrungen wird zu sprechen sein, aber auch von dem Zutreffenden und Verständnisfördernden nicht weniger Beobachtungen. Nicht zuletzt geht es um Veränderungen in der Zeit, wäre es doch irrig, sich die vierzig Jahre DDR als eine Einheit gleichbleibender Unbeweglichkeit vorzustellen.

Die mir zur Verfügung stehende Zeit reicht nicht aus, um die Rathenau-Rezeption in der DDR vom Ende der fünfziger bis zum Ende der achtziger Jahre vollständig zu schildern. Ich konzentriere mich deshalb auf drei Hauptgesichtspunkte, an denen Inhalt und Entwicklung dieser Rezeption demonstriert werden können: Rapallo, Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, politisches Legitimationsinteresse.

Rathenau und Rapallo: die Unterschrift Rathenaus neben der Tschitscherins unter dem Vertrag war, wenn ich es richtig sehe, der entscheidende Grund dafür, daß die Erinnerung an den AEG-Präsidenten in der DDR lebendig blieb und grundsätzlich immer positiv war. Für die DDR, auf Gedeih und Verderb an die Sowjetunion gebunden, mit der deutsch-sowjetischen Freundschaft als Staatsreligion, war der Rapallo-Vertrag ein historisches Ereignis von hohem Symbol- und Erinne-

* Gekürzte Fassung eines Vortrags anlässlich der Mitgliederversammlung der Walther Rathenau Gesellschaft in Bad Freienwalde, 29.9.1995.

rungswert. Wer daran führend mitgewirkt hatte, stand damit gleichsam auf einem Podest, herausgehoben aus der Sphäre sachlicher, abwägender Erörterung des Für und Wider.

Die zugespitzte Formulierung will nicht sagen, es habe keine wissenschaftlich ernstzunehmende Beschäftigung mit dem Thema Rathenau und Rapallo gegeben. Die gab es, was den Weg Rathenaus nach Rapallo betrifft, durchaus. Ich denke an die gründlich aus den Quellen gearbeitete Darstellung in dem 1960 erschienenen Buch von Günter Rosenfeld über die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1917 bis 1922. Sorgfältig belegt, wird dort der Entscheidungsprozeß unter den verantwortlichen deutschen Politikern geschildert, in dem schließlich der Entschluß zur Unterzeichnung des Vertrages fiel. Rosenfeld zeigt, wie der „Westler“ Rathenau in diesem vor allem von Maltzan vorangetriebenen Prozeß lange Zeit bremste und zögerte und erst ganz zum Schluß, in der besonderen Situation in Genua, für den Vertrag gewonnen werden konnte. Rosenfelds Darstellung unterschied sich deutlich von dem in Zeitungsartikeln, Rundfunkbeiträgen und sonstiger Populärwissenschaft überwiegend gezeichneten Bild, in dem Rathenaus Zustimmung zum Vertrag das einzig Wichtige war und seine ursprünglichen Vorbehalte, nicht mehr wichtig nach dem 16. April 1922, unter den Tisch fielen. In diesem Bild war dann der Weg frei für alle möglichen Spekulationen über Rathenaus Beweggründe für die Vertragsunterzeichnung, bis hin zur nicht selten vorgenommenen Konstruktion, in der Rapallo als konsequentes Ergebnis einer echten, wachsenden Sympathie Rathenaus für das bolschewistische Rußland erschien.

Offen also für eine differenzierte, tatsächengerechte Analyse der Vorgeschichte des Vertrages, war man unfähig zu ähnlichem Herangehen an den Vertrag selbst. Hier trat das politische Vor-Urteil ein, das in der DDR nicht nur jede Äußerung gegen Rapallo unmöglich machte, sondern auch dem Befürworter von Rapallo den Weg zu einer abwägenden, echten Auseinandersetzung mit jenen verbaute, die in Rapallo keinen Vorteil, sondern einen Nachteil für Deutschlands internationale Position erblickten. Ich selber habe damals über die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Weimarer Republik geschrieben, auf weit bescheidenerer Quellengrundlage als Rosenfeld, und ähnlich argumentiert wie er. Auch ich beurteilte Rapallo positiv. Meine heutige Kritik

richtet sich nicht gegen diese Auffassung. Ich war und bin der Meinung, daß es gute Gründe für den Vertrag mit Sowjetrußland gab. Was ich aber heute kritisiere, ist das Gewicht, das wir politischen Vorüberlegungen einräumten. Sie beschränkten entscheidend die Überzeugungskraft unserer Untersuchungen und öffneten den Weg für Scheinargumente, mit denen oft eine gerade Linie gezogen wurde von einer Ablehnung des Rapallovertrages in den zwanziger Jahren zum Überfall Hitlers auf die Sowjetunion in den vierziger und zur anti-sowjetischen Westpolitik Adenauers in den fünfziger und sechziger Jahren.

Über die theoretischen, philosophischen Schriften Rathenaus zu Wirtschaft und Gesellschaft war das Urteil in der DDR nicht einhellig. Generell ist wohl zu sagen, daß man sich schwer damit tat. 'Zur Kritik der Zeit', so wurde gedacht, verfügte man über das alles erklärende, scharfe Instrument des Marxismus-Leninismus, mit dessen Hilfe man auch über die Zukunft, die 'kommenden Dinge', hinreichend orientiert zu sein meinte. Was bedeuteten demgegenüber die wolkigen Spekulationen des philosophierenden Monopolkapitalisten, die ja auch im bürgerlichen Lager keineswegs überall ernst genommen wurden? Eingehende Untersuchungen zu diesem Thema gab es nicht, wie auch eine umfassende Rathenau-Biographie nicht zustande kam. Nicht alle aber machten es sich gleichermaßen leicht. Ernsthaft, wenn auch sehr knapp und ausdrücklich gestützt nur auf einige Zitate aus Rathenaus „Zur Kritik der Zeit“ von 1912, hat sich Wolfgang Heise, wohl der intelligenteste und gedankenreichste DDR-Philosoph, mit der Philosophie Rathenaus beschäftigt. In zwei Publikationen aus den Jahren 1962 und 1964 („Die deutsche Philosophie von 1895 – 1917“ und „Aufbruch in die Illusion“) stellte er den Zeitkritiker Rathenau in die Nachfolge von Tönnies. Dieser habe in seinem Hauptwerk über „Gemeinschaft und Gesellschaft“ von 1887, so Heise, bereits die liberale Utopie, den Glauben an unbegrenzten Fortschritt und wachsende Harmonie, das gute Gewissen eines ungebrochenen bürgerlichen Selbstbewußtseins, die bedenkenlose Bejahung des technischen Fortschritts aufgegeben und die Düsternis eines dem Untergang entgegeneilenden, mechanischen Systems ausgemalt. Rathenau, in dessen Gedankensystem die Kritik an der Mechanisierung des modernen Lebens ja einen zentralen

Platz einnahm, habe mit eigenen Aspekten fortgesetzt, was Tönnies bereits vorweggenommen hatte. Absoluter Pessimist aber, hebt Heise hervor, sei Rathenau bei alledem nicht gewesen. Er habe zuversichtlich die Überwindung der Mechanisierung durch das Erwachen der Seele erwartet. In seinen praktischen Konsequenzen sei er zu einer „durch milden Reformismus verkleideten Bestätigung dessen (gelangt), was er kritisierte. In seinen Gedankengängen vereinigten sich so romantische Illusionen und Demagogie, emotionales Unbehagen und offene Wendung zu einem abenteuerlichen Mystizismus mit der politischen Linie eines Reformismus monopolkapitalistischen Inhalts“ (Die deutsche Philosophie, 74).

Eingehende Untersuchungen über die theoretischen und philosophischen Schriften Rathenaus hat es nicht gegeben – wenn man nur die veröffentlichten Untersuchungen im Auge hat. Wohl aber gab es eine ungedruckt gebliebene Arbeit: die umfangreiche Dissertation von Ursula Mader „Walther Rathenau als Funktionär des Finanzkapitals (1887-1917)“ aus dem Jahre 1974. Der Titel klingt nicht nach einer Arbeit über seine Philosophie. Gerade darum aber geht es. „Das Besondere an Rathenaus ideologischen Vorstellungen“, so wird die Grundthese der Arbeit in der Einleitung formuliert, „liegt in deren Pragmatik und Verbundenheit mit technisch-ökonomischen Triebkräften“. „Unvermittelt“, so spitzt die Autorin ihre These zu, „wurzelte das gesellschaftliche Agieren Rathenaus..im Ökonomischen“. Das gesamte literarische Werk Rathenaus, von den ersten Aufsätzen in Hardens „Zukunft“ bis zu den „Kommenden Dingen“ und der „Neuen Wirtschaft“ von 1917, seine Äußerungen über Kunst, Architektur und Literatur, selbst der eigene Versuch, sich als dramatischer Autor zu betätigen: alles kommt vor, wird ausführlich referiert und in Beziehung gesetzt zu dem nach Mader Leben und Werk Rathenaus bestimmenden Grundmotiv, dem Interesse am profitablen Gedeihen der AEG – wie auch der eigenen Person. Es gab seinerzeit eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion, in deren Verlauf Kritiker der Arbeit – auch ich gehörte zu ihnen – einwandten, der Ansatz sei zu eng und werde der Persönlichkeit Rathenaus nicht gerecht. Unbestritten aber war, daß hier eine seriöse Forschungsarbeit geleistet worden war und daß der Autorin, die ihre Konzeption in eindrucksvoller Konsequenz durchhielt, bemerkenswerte

Erkenntnisse zu wichtigen, in der bisherigen Forschung übersehenen oder zu kurz gekommenen Zusammenhängen zu verdanken waren. Drittens und letztens noch einige Bemerkungen zur politischen Instrumentalisierung der Erinnerung an Rathenau. Aus mehreren Gründen bot sich gerade Rathenaus Leben und Werk als Gegenstand solchen Vorgehens an. Über die Bedeutung des Rapallo-Komplexes in diesem Zusammenhang sprachen wir schon. Hinzu kam sein Ende als Opfer rechtsradikaler Mörder, was es leicht machte, ihn ohne weiteres für die linke Seite des politischen Spektrums in Anspruch zu nehmen. Das Wort von Reichskanzler Wirth „der Feind steht rechts“ wurde immer wieder zitiert. Und zu den dort attackierten Rechten hatte Rathenau ja wahrlich nicht gehört. Man brauchte auch nicht schlankweg Dinge zu erfinden, wollte man aus Rathenau einen Propheten des Sozialismus machen. Die für Rathenau charakteristische, eigentümliche Verbindung von Entschiedenheit und Unbestimmtheit in Vortrag und konkretem Inhalt seiner Gedanken zur gegenwärtigen und künftigen Gesellschaft, für die er das Wort „sozialistisch“ nicht scheute, erleichterte solche Interpretation.

In diese Richtung zielte Albert Norden, Spitzenfunktionär der SED und Verfasser einiger Bücher zur jüngsten deutschen Geschichte, wenn er Rathenau einmal als ein „zwiespältiges Wesen“ bezeichnete, „dessen Füße fest in der kapitalistischen Ordnung standen, dessen Kopf aber in die Sphäre einer besseren Gesellschaft ragte“. Wir finden diesen Gedanken, häufig mit deutlicherer Betonung des Sozialistischen bei Rathenau als in der immerhin vorsichtigen Umschreibung bei Norden, wiederholt in der Rathenau gewidmeten Publizistik.

Wissenschaftler der DDR, die sich eingehender mit Rathenau beschäftigten, zogen diese Linie im allgemeinen nicht. Für sie war Rathenau in aller Regel ein Mann, der nicht nur mit den Füßen in der kapitalistischen Ordnung stand, sondern auch mit dem Kopf in ihr verharrete, um im Bilde Albert Nordens zu bleiben. Das Interessante an dieser Kontroverse war weniger die Verschiedenheit der in ihr vertretenen Standpunkte als die Gleichartigkeit der Argumentation. Nicht die tatsächliche Haltung Rathenaus war der eigentliche Streitpunkt, sondern die Frage, welche Sicht auf ihn nützlicher war zur Unterstützung der Außenpolitik der DDR.

Eine ähnliche Kontroverse, mit ganz spezifischem politischem Hintergrund, war bereits 25 Jahre früher ausgetragen worden. Am 24. Juni 1962 erschien in der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ ein Artikel „Zur Dialektik im Werke Rathenaus“. Der Autor Walter Bredendieck, Kirchenhistoriker, CDU-Mitglied, hauptamtlicher Mitarbeiter damals im Friedensrat der DDR, bezeichnete es einleitend als ein Mißverständnis, Rapallo und Rathenau als eine Einheit zu betrachten, so, als sei Rathenau der alleinige Inspirator der Rapallo-Politik gewesen oder als hätte ihm gar eine Konzeption der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ vorgeschwebt. Man solle Rathenaus Leben nicht auf sein Ende hin harmonisieren und sozusagen „nach links“ interpretieren. Rathenau habe nicht zu den „fortschrittlichen und demokratischen Kräften“ des deutschen Volkes gehört, deren Werk in der DDR fortgesetzt werde. Wohl aber sei er hoch zu würdigen als ein „einsichtiger“ Vertreter seiner Klasse, fähig zu Realismus und Vernunft.

Dieser Artikel veranlaßte Wilhelm Orth, LDPD-Mitglied, Verfasser eines ebenfalls 1962 erschienenen Buches über „Walther Rathenau und der Geist von Rapallo“ – es wurde, leicht überarbeitet und unter aktualisiertem Titel, „Rathenau. Rapallo. Koexistenz“, zwanzig Jahre später noch einmal aufgelegt – zu einem kritischen Brief an Bredendieck. Orth zitierte ausführlich die Polemik Rathenaus gegen die Herrschaft der Plutokratie aus den „Kommenden Dingen“, als Indiz für eine doch weit größere Distanz Rathenaus zur kapitalistischen Gesellschaft seiner Zeit, als das bei Bredendieck herauszulesen war. Dieser beharrte in seiner Antwort auf seiner Darstellung Rathenaus, den er insgesamt kritischer beurteile als Orth. Rathenau gehöre nicht in die geistige Ahnenreihe fortschrittlicher deutscher Bürger. Sein Leben und Werk seien mit den Kategorien „einsichtiger“ und „vernünftiger“ (im Vergleich zu anderen Industriellen seiner Zeit) und nicht mit den Begriffen „fortschrittlich“ und „demokratisch“ zu deuten.

Bredendieck war auch der Autor einer etwa 120 Seiten umfassenden biographischen Arbeit „Walther Rathenau“, die nie publiziert wurde. Das Büchlein sollte im Kongreß-Verlag erscheinen, der aber im Herbst 1962 aufgelöst wurde. Bredendieck hatte das ihm vom Verlag zurückgeschickte Manuskript der Parteileitung der CDU zugesandt, offenbar in der Hoffnung, dort Unterstützung zu finden. Die Hoffnung trog,

denn auf Anraten des Generalsekretärs Götting wurde das Manuskript dem Autor zurückgegeben, weil eine Biographie Rathenaus nicht so recht in das Profil der christlich geprägten Verlagstätigkeit der CDU passe. Sie gehöre wohl eher in das Feld der Liberaldemokraten. Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Arbeit in ihrer Argumentation nicht allzusehr von dem sonstigen Rathenau-Bild in der DDR. Auffällig ist aber die außerordentliche Ausführlichkeit, mit der Bredendieck lange Zitate aus Briefen und Schriften Rathenaus bringt, über dessen ganzes Leben verteilt und sehr verständnisvoll ausgewählt. Der Leser gewinnt so ein anschauliches Bild davon, wie Rathenau selbst sich sah. Man könnte vermuten, daß dieser Charakter des Buches, eines Buches von Rathenau fast ebenso wie eines über ihn, mißfiel und schließlich zur Nichtveröffentlichung führte.

Stefan Meineke

RATHENAU SCHWIERIGER WEG IN DIE REPUBLIK.
ZU SEINER PUBLIZISTIK IM JAHRE 1919

Wer den wichtigen, weil die Forschung der letzten Jahre resümierenden Rathenaukatalog liest, der 1992 anlässlich der vom Deutschen Historischen Museum (Berlin) veranstalteten großen Rathenauausstellung herausgegeben worden ist, wird von der Spannweite der dort diskutierten Themen beindruckt sein. Nicht nur der Industrieorganisator, Schriftsteller und Politiker wurde untersucht, sondern auch der Kunstliebhaber und Mäzen, der mit Gerhart Hauptmann und anderen Großen der zeitgenössischen Literatur in persönlichem Verkehr gestanden hatte. Gerade angesichts solcher Vollständigkeit überrascht es, daß ein Aspekt seiner Tätigkeit nahezu unbeachtet geblieben ist. Ich meine hier die schon von ihrem Umfang beachtliche politische Publizistik, die Rathenau im Krisenjahr 1919 entfaltet hat. Innerhalb weniger Monate veröffentlichte er im Sommer 1919 vier Broschüren, in denen er sich mit den Problemen der politischen und sozialen Neuordnung auseinandersetzte. Von der allgemeinen Zukunftsphilosophie der „Kommanden Dinge“ stieg Rathenau herab und beteiligte sich am Meinungsstreit um die Legitimität der jungen Demokratie.

Als politischer Publizist blieb Rathenau auch unter den neuen Verhältnissen von einer direkten Teilhabe an der politischen Macht ausgeschlossen. Gemessen an dem Einfluß, den er bereits im Kaiserreich durch seine ausgezeichneten Verbindungen zur Hofgesellschaft hatte ausüben können, mußte er sogar einen Rückschritt konstatieren. Der ehrgeizige Rathenau trug schwer an dieser Entwicklung – nicht zuletzt auch deshalb, weil er sie in keiner Weise erwartet hatte. Wenn er bis 1916 die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems günstig beurteilt hatte, so war er dabei vor allem von der Annahme ausgegangen, der Parlamentarismus biete die beste Gewähr für eine moderne, vor allem den Interessen des Wirtschaftsbürgertums Rechnung tragende Auswahl des politischen Führungspersonals. Mit dieser Vorstellung verband sich bei ihm die Hoffnung, daß ein politischer Sy-

stemwechsel auch seinen eigenen Ambitionen nützen werde. Denn daß der erfolgreiche Wirtschaftsführer über alle diejenigen Qualifikationen verfügt, die der Politiker benötigt, daran hatte Rathenau in seiner Vorkriegspublizistik keinen Zweifel gelassen. Rathenau glaubte aber nicht nur an seine eigene politische Befähigung, sondern er ging nach dem Zusammenbruch der Monarchie auch davon aus, daß er aufgrund der von ihm an den altpreußischen Machteliten geübten Kritik über ein gleichsam natürliches Anrecht verfüge, bei der nun erforderlich werdenden Neugestaltung von Staat und Wirtschaft an leitender Stelle mitzuwirken. So äußerte er im November 1918 gegenüber dem kommunistischen Schriftsteller Arthur Holitscher, er allein habe „die Revolution in Wahrheit geschaffen“.

Bald schon zeigte sich jedoch die Irrealität der mit solchen Selbsteinschätzungen verbundenen politischen Karriereträume. Zwar waren die Regierungen der jungen Republik in hohem Maße auf die Unterstützung durch Wirtschafts- und Finanzexperten angewiesen, doch blieb der Aufstieg in politische Schlüsselämter grundsätzlich Parlamentariern vorbehalten, die in ihren Parteien über einen entsprechend starken Rückhalt verfügten. Rathenau war aber schon im Dezember 1918 bei seinem Versuch, für die DDP als Kandidat zu den Wahlen zur Nationalversammlung aufgestellt zu werden, gescheitert. Überdies zeigte es sich, daß seine politische Vergangenheit oft mehr als Hypothek denn als Empfehlung empfunden wurde. Während ihn die politische Rechte als Kriegsgewinnler und Defaitisten scharf angriff, verübelte ihm die Linke vor allem seinen Anfang Oktober 1918 proklamierten Aufruf zu einer allgemeinen Volkserhebung. Ohne über eine feste parteipolitische Anbindung zu verfügen, blieb Rathenau im Frühjahr 1919 nur die Möglichkeit, als Wirtschaftssachverständiger für die Regierung tätig zu werden. In dieser Funktion stellte er freilich nur einen der zahlreichen, aus der Privatwirtschaft stammenden Berater dar, die vom Auswärtigen Amt zur Vorbereitung und Durchführung der Versailler Friedensverhandlungen herangezogen wurden. Als Reichsaußenminister Brockdorff-Rantzau ihn im März 1919 um seine Unterstützung bat, reagierte Rathenau zunächst ablehnend. In einem bislang unbekanntem, in den Akten des Auswärtigen Amtes aufgefundenen Telegramm ließ Rathenau den Minister wissen: „Für die Behandlung von Einzelfragen

dürften Spezialkräfte geeigneter sein als ich. Weder meine wirtschaftliche noch meine publizistische Tätigkeit beruht auf Spezialität.“ Auch wenn Rathenau später dennoch an einigen Sitzungen der in Berlin tagenden Expertengruppen teilnehmen sollte, so blieb es ihm doch ein dringendes Bedürfnis, jenseits aller Einzelfragen auf das Große und Ganze der gesellschaftlichen Entwicklung Einfluß zu nehmen. Da ihm jedoch der Aufstieg in ein entsprechendes politisches Amt nicht möglich war, bemühte er sich mit seinen Schriften ein politisch-moralisches Wächteramt auszuüben. „Nun“, so stellte Theodor Heuss 1919 fest, „lebe sich die Ungeduld eines Mannes in Artikeln und Manifesten aus, der von dieser Zeit erwartete, daß sie ihn zu Tat und Führung berufen werde.“

Im Frühjahr 1919 erreichte die öffentliche Diskussion über die Resultate der Revolution ihren Höhepunkt. Wie sich dabei zeigte, wurde die Einführung einer parlamentarischen Demokratie überhaupt nicht mehr als ein bedeutender politischer Fortschritt wahrgenommen. Der Grad der Demokratisierung, der schon im Kaiserreich durch das allgemeine Wahlrecht erreicht worden war, machte es offenbar unmöglich, in der Revolution eine bedeutende Freiheitstat zu erblicken. Wenn aber der politische Ertrag der Revolution eher als unbedeutend empfunden wurde, mußte sich um so mehr die Frage nach dem Sinn des Umsturzes stellen. Für die Mehrheit der Zeitgenossen konnte es darauf nur eine Antwort geben: Die Revolution war gerechtfertigt, wenn sie die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung schnell und spürbar verbesserte. Jedoch verhinderte schon die katastrophale Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches die Umsetzung einer entsprechenden Reformpolitik. Das insbesondere von der Arbeiterschaft erhoffte große moralische und soziale Wunder war ausgeblieben.

Die Enttäuschung der Massen führte im Frühjahr 1919 zu einer wachsenden politischen Radikalisierung, die sich in Massenstreiks und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen manifestierte. Vor diesem Hintergrund gewannen nun linksradikale Politiker und Intellektuelle an Resonanz, die die Durchsetzung einer zweiten, sozialen Revolution propagierten. Dabei lenkten sie die Hoffnung der Enttäuschten auf das im bolschewistischen Rußland gerade eingeführte Rätssystem. Als ein in Deutschland nahezu unbekanntes Herrschaftssystem verkörperte es

für viele Intellektuelle die am Parlamentarismus so schmerzlich vermißte neue „große Idee“ und konnte daher auch zum Gegenstand der verschiedensten sozialrevolutionären Erlösungssehnsüchte avancieren. Die im Frühjahr 1919 geäußerte politische Kritik zeichnete sich durch ihre Forderung nach Systemüberwindung aus. Nicht einzelne Maßnahmen der Nationalversammlung erregten Bedenken und wurden diskutiert, sondern die liberale Demokratie selbst stand zur Disposition. „Man wolle“ – so diagnostizierte schon im Februar der mit Rathenau bekannte liberale Theologe Ernst Troeltsch in seinen „Spektator-Briefen“ – „Ideen und Herrschaft der Ideen, Revolution der Seele und des Geistes, eine völlig neue, antihistorische und antibürgerliche Welt.“ Auch Rathenau entzog sich dieser Stimmung nicht und beteiligte sich an dem allgemeinen Ansturm gegen die parlamentarische Demokratie. Wie schon die Titel seiner Broschüren (Neuer Staat, Neue Gesellschaft, Autonome Wirtschaft) zu erkennen gaben, ging es auch ihm nicht um eine Reform des Bestehenden, sondern er stellte sich in die Reihe der „deutschen Eigenbrödler und Konstrukteure“ (Ernst Troeltsch), die nun den Zeitpunkt für gekommen hielten, tabula rasa zu machen und in Abstraktion von allen praktischen Problemen eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung zu entwerfen. Dabei beließ es Rathenau jedoch nicht bei dem nun modisch gewordenen Protest gegen die als ideenlose Spießervereinigung verhöhnte Nationalversammlung, sondern er untermauerte die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Umbaus von Staat und Gesellschaft durch kühne geschichtsphilosophische Spekulationen. Die soziale Proteststimmung der Arbeiterschaft und ihre Begeisterung für das Räteystem aufgreifend, postulierte er ohne weitere Umstände einen weltgeschichtlichen Epochenwandel, der zum baldigen Ende von bürgerlichem Liberalismus, Kapitalismus und Parlamentsherrschaft führen werde. In Neuauflage von Argumentationsmustern, die schon während des Krieges den deutschen Gelehrten zur Verteidigung der „deutschen Freiheit“ gedient hatten, sprach er nun von der historischen Mission Deutschlands, eine Verfassungsordnung zu verwirklichen, die die Plutokratie des Westens wie den Sozialismus des Ostens überwinden werde. Frankreich und England, so prophezeite er im Mai 1919 einem Vertreter des „Daily Express“, würden später dem deutschen Vorbild folgen.

An Rathenaus Distanzierung von der westlichen Demokratie und ihrer Weimarer Nachbildung konnte angesichts solcher Formulierungen kein ernsthafter Zweifel bestehen. Wesentlich schwieriger war dagegen zu erkennen, was Rathenau unter dem von ihm entworfenen „organisch-beseelten“ Staat, der den vorhandenen „politisch-bürokratischen“ ablösen sollte, tatsächlich verstand. Immerhin gab Rathenau in seiner Anfang Mai publizierten Broschüre „Der neue Staat“ einige Hinweise. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete die Feststellung, daß ein nach einem allgemeinen Wahlrecht gewähltes Zentralparlament, das in seiner Zusammensetzung allein die Stärke bestimmter sozialer Interessen widerspiegeln, keine Gewähr für eine ausreichend sachliche Urteilsbildung biete. Aufgrund dieser Diagnose kam Rathenau zu dem Schluß, daß das aus Politikern bestehende (Zentral-) Parlament die Gestaltung fast aller Bereiche der Innenpolitik einer Vielzahl von Fachparlamenten (Wirtschaft, Soziales, Kultur u.a.) überlassen sollte, die er ausschließlich mit Sachverständigen besetzt sehen wollte. Über die Kompetenz von Sachverständigen konnten aber nur andere Sachverständige entscheiden. So verstand es sich für Rathenau von selbst, daß das von ihm als „mechanistisch“ kritisierte Reichstagswahlrecht, daß jedem Wähler ein gleiches Mitspracherecht einräumte und dem Abstimmenden auch die Wahl ihm unbekannter Persönlichkeiten und Parteien erlaubte, für die Fachparlamente nicht als Vorbild dienen könnte. Die Auswahl sollte vielmehr „im Kreise enger und lebendiger Gemeinschaftsarbeit“ erfolgen. Es waren demnach ausschließlich die im wirtschaftlichen Produktionsprozeß gleichgestellten Kollegen – die wie sich Rathenau ausdrückte „im eigentlichen Sinne ‘Nächsten’“, die für den Abstimmenden wählbar wären. Die durch den Produktionsprozeß vorgegebene soziale Hierarchie sollte aber nicht nur das jeweilige Wahlrecht bestimmen, sondern auch die Befugnisse der Gewählten definieren. Für das leitende Fachparlament könnten nämlich von vornherein nur solche Persönlichkeiten nominiert werden, die aufgrund der von ihnen bereits ausgeübten Leitungsfunktionen qualifiziert seien, alle Zusammenhänge ihres Fachgebietes zu überblicken. Zusammenfassend hieß es dazu bei Rathenau: „Jeder wählt und bestimmt im Umkreis seiner örtlichen, fachlichen und geistigen Bezirke...“

Das von Rathenau entwickelte Rätssystem war demokratisch, insofern es jedem arbeitenden Bürger ein Mitbestimmungsrecht einräumte. Anders aber als im „Kopfzahlparlament“, in dem die Führung von der Mehrheit ausgeübt wird, glaubte Rathenau durch sein Rätssystem die „Führung der Besten“ sicherzustellen. Nicht die Quantität, sondern die im Berufsleben erprobte Qualität sollte entscheiden. Die Reichweite der gewährten Mitbestimmungsrechte fiel in Rathenaus Konzeption daher auch überaus verschieden aus und stieg mit der gesellschaftlichen Bedeutung der beruflichen Tätigkeit rapide an. Die verschiedenen Fachparlamente relativierten also nicht die herrschenden sozialen und ökonomischen Machtverhältnisse, sondern reproduzierten sie.

Auch wenn sich Rathenau im „Neuen Staat“ bemüht hatte, durch die Verwendung bestimmter Schlagwörter aktuellen politischen Strömungen entgegenzukommen, so darf dies nicht darüberhinwegtäuschen, daß sich seine Beschäftigung mit dem im „Neuen Staat“ thematisierten Problem der politischen Auslese bis zu den Anfängen seiner publizistischen Laufbahn zurückverfolgen läßt. Weder war das Thema für Rathenau neu, noch änderte er 1919 die Zielrichtung seiner Argumentation. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die in der Leitung eines Staates vertretenen Persönlichkeiten nach Maßgabe ihrer gesellschaftlichen Funktion berufen werden sollen, hatte er schon im Kaiserreich die Revision der in Politik und Diplomatie praktizierten Auslesemechanismen gefordert. Die dabei von ihm an der Vorherrschaft der alten Machteliten geübte Kritik und seine Sympathie für den Parlamentarismus war so keineswegs in demokratischen Wertüberzeugungen begründet gewesen, sondern ergab sich aus dem konkurrierenden Führungsanspruch zweier privilegierter, um die Macht kämpfender Schichten. An seiner Forderung, daß dem Wirtschaftsbürgertum als der zukunftssichernden Schicht par excellence ein bestimmender Einfluß auf die Politik eingeräumt werden müsse, hielt Rathenau auch nach der Revolution unverändert fest.

Allerdings sah sich Rathenau durch die veränderten Zeitumstände gezwungen, seine Argumentation neu zu begründen. Hatte er vor 1914 hervorgehoben, daß zwischen der Leitung einer Bank und des Aus-

wärtigen Amtes kein grundlegender Unterschied bestehe und daher auch der erfolgreiche Geschäftsmann zur politischen Führung berufen sei, so kam er nach der Revolution nicht mehr auf diesen Gedankengang zurück. Angesichts der für ihn kaum überwindbaren, weil im Wesen der modernen Parteienpolitik begründeten Schwierigkeiten in der Politik wieder Fuß zu fassen, war Rathenau mit dem Hinweis, daß auch Wirtschaftsführer alle Eigenschaften eines guten Politikers besitzen, nicht geholfen. Ein Einstieg in die Politik erschien ihm nur erreichbar, wenn bei den Verfassungsberatungen die Kompetenzen des Parlaments beschnitten und an andere, für Wirtschaftskreise leicht zugängliche Gremien übertragen wurden. Eine solche Machtübertragung war aber nur zu begründen, wenn nachgewiesen werden konnte, daß die Wirtschaftsführer nicht nur über eine mit den Politikern vergleichbare, sondern ihnen überlegene Problemlösungskompetenz verfügten.

Rathenau versuchte diese Aufgabe vor allem mit seiner Lehre vom Epochenwandel zu lösen, die er in der Anschauung gipfeln ließ, daß die Produktion von Gütern für die Gesellschaft der Zukunft ungleich wichtiger sei als die Formulierung von politischen Ideen. Indem er so das Ende der „politischen Politik“ proklamierte und all „die Probleme, an denen unser Leben und Sterben hängt“ zu Fachproblemen erklärte, schürte er die Erwartung, durch einen instrumentellen Gebrauch der technischen Vernunft könnten schließlich alle Verteilungskonflikte befriedigend gelöst werden. Die „Schule der Politik“ war für Rathenau daher auch nicht länger mehr das Parlament, sondern viel eher der Aufsichtsrat und als das Hauptkriterium politischer Befähigung galt ihm nun nicht mehr „Geschäftskunde“ im Sinne sozialer Kompetenz, sondern Fachkompetenz. Dies aber gab ihm nun die Möglichkeit, die besondere politische Befähigung des Wirtschaftsführers in nichts anderem begründet zu sehen als in der Tatsache, daß er Wirtschaftsführer (und nicht Politiker) war. Der Wirtschaftsführer mußte sich nicht der Konkurrenz der Politiker stellen, denn er war ihnen immer schon qua Profession überlegen. Man wird daher sagen können, daß Rathenaus Votum für neue Formen der sozialen Partizipation zu einer deutlichen Veränderung seiner Vorkriegsposition geführt hatte: Das von ihm ange-

strebte „Reich der Seele“, das er vor 1919 durch Gesinnungswandel hatte erreichen wollen, erschien im Lichte des „Neuen Staates“ als eine Aufgabe des „social engineering“.

Wer an Rathenaus technokratischer Vision partizipierte, der mußte mit ihm danach streben, daß den Produzenten als der für die Gesamtheit des Volkes wichtigsten Schicht auch eine ihrer Bedeutung angemessene Einflußnahme auf die Politik garantiert wurde. Sein „Neuer Staat“ stellte einen Versuch dar, dies auf zwei Wegen sicherzustellen: Einerseits schwebte Rathenau vor, für die akute soziale Proteststimmung der Arbeiterschaft ein Ventil zu schaffen. Wenn auf betrieblicher Ebene eine nach dem Grad der jeweiligen Fachkompetenz abgestufte Mitbestimmung eingeführt wurde, so durfte von Seiten der Unternehmensführung gehofft werden, daß durch den Appell an „gemeinsame Sacheinsicht und solidarische Sachverantwortung“ (Reinhard Opitz) eine auf die Belegschaft gleichermaßen integrierende wie disziplinierende Wirkung ausgeübt werden könne. Direkte Verhandlungen zwischen der Unternehmensführung und Vertretern der Belegschaft boten die Chance, sich anbahnende soziale Konflikte schon „an der Wurzel“ zu bekämpfen. Nicht zuletzt konnte durch eine kontrollierte Förderung der Betriebsrätebewegung versucht werden, den Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften zu schwächen. Andererseits bot die Schaffung eines zentralen Reichswirtschaftsrates, in dem de facto die Unternehmerinteressen dominierten und der nach dem Willen Rathenaus in fast allen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik leitend tätig werden sollte, ein hervorragendes Mittel die Macht des Parlaments entscheidend zu begrenzen. Selbst also wenn sich – wie dies von Rathenau und zahlreichen konservativen Anhängern der Räteidee befürchtet wurde – aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine stabile, gegen die Interessen der Wirtschaft gerichtete Parlamentsmehrheit etablieren konnte, so war diese Mehrheit doch praktisch handlungsunfähig, solange der Reichswirtschaftsrat eine ganz andere Politik verfolgte. Es konnte daher auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die im „Neuen Staat“ mit so viel revolutionärem Pathos propagierte Verfassungsordnung in der Wirklichkeit zu einer bedeutenden Machtverschiebung zu Gunsten der Un-

ternehmer geführt hätte. Insofern war es bezeichnend, wenn Rathenau sein im berufsständischen Sinn uminterpretiertes Rätssystem auf das mittelalterliche Zunftwesen zurückführen wollte. Denn ebenso wie in seinem „Neuen Staat“ die Wirtschaft eine beherrschende Position einnahm, so hatten doch einst in den Reichsstädten die Zünfte über eine Macht verfügt, die über die bloße Regelung des Wirtschaftslebens weit hinausgegangen war.

Es liegt auf der Hand, daß das von Rathenau mehr skizzierte als ausgeführte Rätssystem eine Fülle von zum Teil überaus schwerwiegenden Fragen aufwarf. Schon die zeitgenössische Kritik betonte daher, daß die Abhandlung einem geistvollen Klubgespräch ähnele, das aber bei genauerer Betrachtung nirgends einen Schlüssel zur Lösung der Gegenwartsprobleme biete. Manche Gedanken erschienen zwar diskutabel zu sein, aber viel zu oft hatte sich Rathenau in dekorative Allgemeinplätze geflüchtet, als daß er seinen Lesern ein politisch umsetzbares Programm hätte anbieten können. Seine Bemerkung, es sei ihm leider im Rahmen seiner Abhandlung nicht möglich gewesen, „den Aufbau der Fachstaaten im einzelnen zu schildern“, vermochte nicht zu entschuldigen, daß er auch zu fundamentalen Problemen geschwiegen hatte. Kritischen Lesern mußte sich daher der Eindruck aufdrängen, daß sein konstruktivistischer Geist nicht den Weg von der Idee zur Wirklichkeit gefunden hatte. So war Rathenau überhaupt nicht näher auf die Frage eingegangen, nach welchem Schlüssel die Besetzung der einzelnen Fachparlamente erfolgen sollte. Grundsätzlich stand zwar im Falle des Wirtschaftsparlamentes fest, daß die Zahl der aus einer Branche entsandten Sachverständigen der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Branche zu entsprechen habe, doch dieser Grundsatz war ebensowenig umstritten wie seine praktische Umsetzung auf Hindernisse stieß. Denn je nachdem, ob man für die Bedeutung einer Branche die Zahl der Beschäftigten, das investierte Kapital oder den Wert der produzierten Waren als Gradmesser nahm, mußte die Zusammensetzung des Wirtschaftsparlaments vollkommen anders aussehen. Dabei war dann noch gar nicht die Schwierigkeit berücksichtigt, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Branche ja nichts Feststehendes war, sondern mit jeder Veränderung der Konjunktur ins Wanken geraten

konnte. Rathenau blieb nicht nur auf die Frage nach dem für die Fachparlamente vorgesehenen Verteilungsschlüssel eine Antwort schuldig, sondern er hatte in seiner Schrift auch nicht deutlich werden lassen, wo denn nach seiner Auffassung die Abgrenzung zwischen den Kompetenzen des politischen Parlaments und der Fachparlamente verlaufen sollte. Da die politische Praxis tagtäglich zeigte, daß eine klare Trennung zwischen allgemeiner Politik und besonderer Fachpolitik gerade auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik im Grunde unmöglich war, erschien diese Frage dringend der Klärung bedürftig. Besaß das Fachparlament tatsächlich das Recht, gegen Beschlüsse des Parlaments ein Veto einzulegen, so bestand aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung beider Gremien die Gefahr, daß die Politik der Parlamentsmehrheit ständig blockiert wurde. Gab man aber den Fachparlamenten nur eine beratende Funktion, dann war ihr Abstieg in die Bedeutungslosigkeit vorprogrammiert. Wie dieses Dilemma gelöst werden sollte, darüber schwieg er sich aus.

Rathenaus Schweigen war aber auf seine Weise auch beredt. Denn wenn er die Fachparlamente zu Stätten vollkommener Sachlichkeit stilisierte, dann konnte er der Ansicht sein, daß gegen die von den Fachparlamenten getroffenen Entscheidungen gar keine Einwände zu formulieren waren. In der Tat ließ Rathenau nicht erkennen, daß er mit der Möglichkeit rechnete, daß die nach seiner Vorstellung partei- und interesselosen Sachverständigen, die ihre Entscheidungen nicht dem „Zwange der Beliebtheit“, sondern vernünftigen Gründen verdankten, auch in der Gefahr stehen könnten, das allgemeine Wohl zu verfehlen. Ein Konflikt zwischen Zentral- und Fachparlament war daher grundsätzlich undenkbar, da das Fachparlament überhaupt nur Entscheidungen traf, die jenseits aller Ideen und Interessen Allgemeingültigkeit beanspruchen konnten. Ein Zentralparlament konnte aber nicht gegen ein Fachparlament opponieren, dessen Vertreter für jedermann sichtbar das allgemeine Wohl vertraten.

Wie sehr Rathenau mit seinem technokratischen Problemlösungsoptimismus die Wirklichkeit verfehlte, zeigte sich als der Weimarer Verfassungsgeber mit dem „Vorläufigen Reichswirtschaftsrat“ ein Sachverständigengremium schuf, das dem von Rathenau entworfenen Fachparlament ähnelte. Das Experiment verlief enttäuschend. Die Annahme,

daß die Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Interessen als die eigentlichen Sachverständigen dazu berufen seien, das Wirtschaftsleben in weitgehender Unabhängigkeit von allen politischen Instanzen frei zu gestalten, erwies sich als überaus problematisch. Denn als in der Wirtschaft Tätige und somit von der Wirtschaftspolitik unmittelbar Betroffene waren die in den Reichswirtschaftsrat entsandten Sachverständigen in aller Regel nicht in der Lage, von den besonderen Interessen ihrer Branche zu abstrahieren und bei Konflikten mehrheitsfähige, die sozialen Gegensätze ausgleichende Kompromißlösungen zu formulieren. Das Ergebnis fiel somit eindeutig aus: Eine besondere Fachkompetenz erleichterte nicht die Wahrnehmung politischer Leitungsaufgaben, sondern erschwerte sie. Selbst wirtschaftsnahe Kreise, die zunächst ständestaatlichen Organisationsformen mit einer gewissen Sympathie gegenüberstanden hatten, zeigten sich schon bald desillusioniert.

So konnte ein nicht näher genannter Funktionär der DVP 1921 urteilen: „Als seiner Zeit der vorläufige Reichswirtschaftsrat eingesetzt wurde, haben sicherlich viele eine solche Institution als eine Entpolitisierung unserer Wirtschaft begrüßt. Man glaubte, daß aus allen Berufen und Ständen die fähigsten Köpfe hineingesandt und sich bemühen würden, ohne Bindung an die Parteiprogramme das Beste für unsere Volkswirtschaft fördern zu helfen. Aber wie so viele andere Hoffnungen, haben wir auch diese Hoffnung zum guten Teil zu Grabe tragen müssen.“

Auch die beste Sachkompetenz konnte politische Fähigkeiten nicht ersetzen. Mehr noch als sonst galt dies in den Weimarer Krisenzeiten. Gerade auch an der weiteren Karriere Rathenaus, der sich als Wiederaufbau- und Außenminister zwar gerne auf das „wirtschaftlich Notwendige“ berief, aber doch ständig als Politiker zu agieren hatte, sollte dies bald deutlich werden.

(Der vorstehende Beitrag beruht auf Forschungen, die ich im Zusammenhang mit der von mir betreuten Herausgabe von Band 4 der Walther Rathenau-Gesamtausgabe [Schriften und Reden aus der Zeit der Weimarer Republik] angestellt habe. Meine Überlegungen verdanken auch viel dem intensiven Gedankenaustausch mit meinem 1994 bei einem Verkehrsunfall verunglückten Kollegen, Dr. Clemens Picht, der mir in seinem leidenschaftlichen wissenschaftlichen Erkenntnisstreben unvergessen bleiben wird.)

Jürgen Seifert

WALTHER RATHENAU UND DIE ANFÄNGE DER MOTORLUFTFAHRT IN
DEUTSCHLAND

„Das Wolkenschiff des Gedankens durch feste Taue im Erdreich verankern. Die Notwendigkeit der Realisierung ermessen, die Mittel erfinden und die Widerstände besiegen, das ist das Werk des grossen Geschäftsmannes.“

Diese Metapher findet sich in Walther Rathenaus „Geschäftlichen Lehren“, die er zuerst 1908 in den „Reflexionen“ veröffentlicht hatte. Es ist zu vermuten, daß der Anfang des von Rathenau gebrauchten bildlichen Vergleichs aus der Luftfahrt stammt, mit der er bereits einige Jahre zuvor in Berührung gekommen war. 1903 hatte Kaiser Wilhelm II. AEG und Siemens & Halske veranlaßt, die „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH, System Telefunken“ zu gründen. Der Bau von Funkstationen für das Militär und für das entstehende Kolonialfunkwesen entwickelte sich zum großen Geschäft. Auch mit dem Automobilbau beschäftigte sich die AEG auf Initiative von Emil Rathenau seit dem Jahre 1900. Am 24. Dezember 1901 gründete sie die „Neue Automobil- Gesellschaft mbH“ (NAG), vorerst als Vertriebsgesellschaft für die bei der AEG in Berlin- Oberschöne-weide hergestellten Fahrzeuge. Von Anfang an bemühte sich die AEG erfolgreich, Militäraufträge zu erhalten. Die NAG lieferte die verschiedenartigsten Fahrzeuge für das Heer, darunter im Jahre 1905 auch den ersten Motorlastzug der Welt sowie einen Fahrzeugtyp, der als fahrbare Station für drahtlose Telegrafie diente. Auch auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie entwickelte die AEG Initiative. Da Deutschland im Gegensatz zu Frankreich über keinerlei militärisch verwendbare Motorluftschiffe verfügte, regte Kaiser Wilhelm II. im Frühjahr 1906 an, eine Organisation zu schaffen, die „durch schnelle Bereitstellung von Mitteln den Bau brauchbarer Luftfahrzeuge zum Studium der Aeronautik“ ermöglichte. Im Mai 1906 erschien ein Aufruf zur Beteiligung an der „Motorluftschiff- Studiengesellschaft mbH“ (MStG). Am 31. Juli 1906 konnte eine Versammlung der Interessenten die geplante Studiengesellschaft mit einem Stammkapital von einer Milli-

on Mark (hiervon 30.000 Mark von der AEG und 10.000 Mark von den Elektrochemischen Werken) gründen.

Im Aufsichtsrat und im Arbeitsausschuß der MStG war neben seinem Vater auch Walther Rathenau Mitglied. Nach Prüfung der Projekte französischer und italienischer Luftschiffbauer sowie der des Grafen Zeppelin und August v. Parsevals wurde Zeppelin noch im gleichen Jahr ein zinsloser Kredit von 100.000 Mark gewährt, der in spätestens zwei Jahren zurückgezahlt werden sollte. Das Luftschiff Parsevals wurde im November 1906 für 130.000 Mark erworben, darüber hinaus dessen sämtliche Rechte und Patente. von Parseval schied aus dem aktiven Militärdienst aus und wurde ab 1. Januar 1907 zweiter Geschäftsführer der Studiengesellschaft. Er hatte zusammen mit Hans Bartsch von Sigsfeld einen felddiensttauglichen Fesselballon konstruiert, der als „Drachenballon Parseval-Sigsfeld“ ab dem Jahre 1897 erfolgreich zur Beobachtung, zur Artillerie-Feuerleitung, für meteorologische Zwecke, als Antennenträger und als Zielballon verwendet wurde. Das deutsche Heer verfügte mit diesem Drachenballon über den technisch leistungsfähigsten aller bis dahin vorhandenen Fesselballone. Fast alle größeren Militärmächte rüsteten ihre Streitkräfte mit Fesselballonen der Bauart Parseval-Sigsfeld aus.

Parseval nutzte seine Erfahrungen, die er bei den Arbeiten mit dem Drachenballon sammeln konnte, und begann im Jahre 1901 mit der Konstruktion eines unstarren „Lenkballons“. Auch er hatte in erster Linie eine militärische Verwendung geplant, ging jedoch bei der Konstruktion von Gesichtspunkten aus, die denen des Grafen Zeppelin entgegengesetzt waren. Das Luftschiff sollte preiswert, schnell zerlegbar, transportabel und ohne größere Luftschiffhallen rasch aufrüstbar, mit einem Wort – „feldbrauchbar“ sein.

Mit Unterstützung des Preußischen Luftschiffer-Bataillons konnte am 26. Mai 1906 der erste erfolgreiche Aufstieg auf dem Tegeler Schießplatz bei Berlin unternommen werden. Die Luftschiffhülle des Versuchsluftschiffes wurde, wie beim Drachenballon, aus doppeltem, gummiertem Baumwollstoff bei der Firma August Riedinger Ballonfabrik in Augsburg hergestellt. Das Volumen betrug anfänglich 2 300 cbm. Die Gondel war fünf Meter lang, in ihr befand sich für den Antrieb ein 85 PS-Daimler-Motor. Das Luftschiff hatte eine Länge von

48 m bei größtem Durchmesser von 8,5 m und konnte eine Geschwindigkeit von rund 50 km/h erreichen. Im Laufe des Jahres 1906 wurden insgesamt 11 erfolgreiche Fahrten absolviert, als deren Ergebnis das Versuchsluftschiff umgebaut wurde; unter anderem wurde das Volumen auf 2 800 cbm vergrößert und das Steuerungssystem verbessert. Vom Preußischen Kriegsministerium war der Studiengesellschaft inzwischen auf dem Tegeler Schießplatz ausreichend Gelände zum Bau einer Luftschiffhalle zur Verfügung gestellt worden. Im Juli 1907 konnte die neue Halle in Betrieb genommen werden. Ab August 1907 erfolgten von hier aus wieder Luftschiffaufstiege, an denen am 14. September 1907 auch Emil Rathenau teilnahm. Am 25. Oktober 1907 wurde das Luftschiff Wilhelm II. vorgeführt, der das Fahrzeug eingehend besichtigte und „seine höchste Zufriedenheit mit dem Gesehenen“ aussprach.

Entsprechend den Grundsätzen der MStG beschloß der Aufsichtsrat, nachdem nunmehr ein funktionsfähiges Luftschiff zur Verfügung stand, die Gründung einer „Fabrikationsgesellschaft und eines Motorballon-Klubs“. Am 21. Dezember 1907 wurde der „Deutsche Aero-Club“ (später „Kaiserlicher Aero-Club“) in den Räumen der AEG Berlin, Friedrich-Karl-Ufer, gegründet. Emil Rathenau und August v. Parseval wurden Mitglieder des Hauptausschusses. Der Klub sollte der Ausübung und Förderung des Luftsportes dienen und erhielt von der Studiengesellschaft als Starthilfe ein zinsloses Darlehen von 30.000 Mark. Da es zur damaligen Zeit nur wenige Orte in Deutschland gab, an denen Wasserstoff in ausreichender Menge und dabei auch preiswert produziert wurde, wandte die MStG ihr Augenmerk Bitterfeld zu. Hier wurden große Mengen reinen Wasserstoffs elektrolytisch erzeugt. Um ihn wirtschaftlich zu verwerten, war im Jahre 1900 ein Wasserstoffkompressor in Betrieb genommen worden, zum Füllen von Wasserstoff-Gasflaschen, die größtenteils an die Königlich Preußische Luftschiffer-Abteilung (später Luftschiffer-Bataillon) in Tegel geliefert wurden. Auch das erste Luftschiff des Grafen Zeppelin erhielt vor seinem ersten Aufstieg am 3. Juli 1900 eine Füllung mit Wasserstoff, der zum Teil in Bitterfeld produziert worden war. Im Jahre 1904 wurde eine unterirdische Wasserstoffleitung zu dem in der Nähe der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron Werk II eingerichteten Freiballon-

Aufstiegsplatzes gelegt. Hier stieg am 28. Dezember 1904 als erster Wasserstoffballon der Ballon „Aßmann“ des Berliner Vereins für Luftschiffahrt unter Führung von Richard v. Kehler auf. Es gab also schon früh Berührungspunkte zwischen der MStG und Bitterfeld.

Ende 1907 beschloß die Studiengesellschaft die Errichtung einer Luftschiffhalle in Bitterfeld. Von den Elektrochemischen Werken konnte genügend Land (21 ha) für den Bau einer Luftschiffhalle und den dazugehörigen Übungsplatz erworben werden. Im Sommer 1908 wurde die Luftschiffhalle dicht beim Griesheim-Elektron Werk II fertiggestellt. Bei der Studiengesellschaft bestand von Anfang an die Absicht, ihre Arbeiten und Versuche, sobald sie zu einer geschäftlichen Entwicklung führen würden, nicht selbst zu betreiben, sondern den rein wirtschaftlichen Teil durch eine neu zu gründende Gesellschaft abzuwickeln. Am 30. April 1908 wurde daher die „Luft-Fahrzeug-Gesellschaft mbH“ (LFG) gegründet. Im Paragraphen 2 des Gesellschaftsvertrages war der Gegenstand des Unternehmens mit „Herstellung, Vertrieb und Verwendung von Luftfahrzeugen“ angegeben. Das Stammkapital betrug 500.000 Mark. An ihm waren unter anderen die MStG mit 180.000 Mark, die AEG mit 30.000 Mark und die Elektrochemischen Werke mit 20.000 Mark beteiligt. Die übrigen Gesellschafter waren weitgehend dieselben wie bei der Studiengesellschaft: Im Aufsichtsrat saßen wiederum Emil und Walther Rathenau.

Am 14. Dezember 1908 verlagerte die MStG ihren technischen Betrieb von Tegel nach Bitterfeld. Die gesamten Bitterfelder Betriebsanlagen der MStG gingen in den Besitz der LFG über. Die Direktion der LFG blieb in Berlin. Auf der Bitterfelder Luftschiffwerft begann nach der Verlagerung sofort die Vorbereitung zur Montage des größeren Parseval-Luftschiffes PL 3. Am 18. Februar 1909 startete das 5 600 cbm große Luftschiff zu seiner ersten Fahrt. PL 3 war erstmals mit zwei NAG-Motoren zu je 110 PS ausgerüstet worden. Auch die Gondel stammte von der NAG. Am gleichen Tag gründeten rund 70 luftfahrtbegeisterte Bitterfelder Bürger den „Verein für Luftschiffahrt von Bitterfeld und Umgegend“. Ehrenmitglieder wurden August von Parseval, Ignatz Stroof (Griesheim-Elektron) und Walther Rathenau, die beiden letzten dafür, daß sie „als Begründer derjenigen Industrie, die der Luftschiffahrt das für aeronautische Zwecke so überaus wichtige Wasser-

stoffgas in höchster, von keinem anderen Verfahren erreichten Güte, in großen Mengen zugänglich gemacht haben.“ Bei der „Internationalen Luftschiffahrt-Ausstellung“ (ILA) in Frankfurt/Main wurde PL 3 durchgeführt. Es absolvierte hier 67 erfolgreiche Fahrten und beförderte annähernd 600 Passagiere in 145 Stunden Gesamtfahrzeit, wobei rund 5 200 km zurückgelegt wurden. Dieses Ergebnis brachte der LFG eine Reihe von Geldpreisen und den anlässlich der ILA gestifteten Ehrenpreis des Deutschen Kaisers „für hervorragende Leistung auf dem Gebiete der gesamten Flug- und Luftschiffahrt“ ein. Auf Grund seiner guten Fahreigenschaften wurde PL 3 vom Preußischen Kriegsministerium für 270.000 Mark angekauft und unter der Militärbezeichnung P II in Dienst gestellt. Vorher war die preußische Heeresverwaltung bereits in den Besitz des 4 000 cbm großen, in Tegel gebauten PL 2 (P I) für 225.000 Mark gelangt. Auch konnte die LFG das Versuchsluftschiff nach einer Volumenvergrößerung und Modernisierung an den Kaiserlichen Aero-Club verkaufen.

Das Geschäft mit den Parseval-Luftschiffen, die nunmehr ausschließlich in Bitterfeld gebaut wurden, begann sich zu rentieren. Insgesamt bauten die MStG/LFG bis 1917 21 Parseval-Luftschiffe, wobei die größten ein Volumen von 31 300 cbm hatten und damit Abmessungen ähnlich denen der ersten Zeppelin-Luftschiffe erreichten. Verkauft wurde außer an die deutschen Streitkräfte, nach Rußland, Großbritannien, Japan, Italien und in die Türkei. Auch Walther Rathenau nahm an einer Fahrt mit einem Parseval-Luftschiff teil. Am 23. März 1911 startete er mit dem kleinen Passagier-Luftschiff PL 5 (1 450 cbm) von Berlin-Johannisthal aus zu einer 75minütigen Rundfahrt.

Günstig wirkte sich die Entwicklung der Luftschiffahrt auch auf andere Bereiche aus. So lieferte unter anderem die NAG die Motoren für die Parseval-Luftschiffe PL 3, PL 6, PL 7, PL 9, PL 10, PL 12 und begann auch mit dem Bau von Flugzeugmotoren. Mit Telefunken-Stationen wurden die meisten exportierten Luftschiffe sowie die Militärluftschiffe ausgerüstet. Im Jahre 1909 begann die Zusammenarbeit des Kaiserlichen Automobil-Clubs mit dem Kaiserlichen Aero-Club und dem damals stärksten Luftfahrtverein Deutschlands, dem Berliner Verein für Luftfahrt. Diese Vereine setzten eine gemeinsame technische Kommission ein zur Förderung der Arbeiten von drei besonders aus-

sichtsreichen deutschen Konstrukteuren. Dieser Kommission gehörte auch Walther Rathenau an. Im Mai 1909 gründete die MStG als Tochtergesellschaft die Flugmaschine-Wright-Gesellschaft mbH, um Herstellung und Vertrieb des Wright'schen Doppeldeckers für Deutschland und einige andere europäische Länder zu übernehmen. Die Gesellschaft erwarb die Wright-Patente und begann mit dem Nachbau des Wright'schen Doppeldeckers in Tegel.

Im Herbst 1909 bildete Orville Wright die ersten Fluglehrer für die deutsche Wright-Gesellschaft aus. Das Interesse für die Wright-Flugzeuge war anfänglich sehr groß. Leider unterblieben erforderliche technische Verbesserungen. So geriet die Wright-Gesellschaft im Jahre 1913 wegen Auftragsmangel und kostenaufwendiger Patentstreitigkeiten in finanzielle Schwierigkeiten und konnte nur noch als Fliegerschule weitergeführt werden. Insgesamt wurden rund 100 Wright-Doppeldecker gebaut. Die AEG nahm im Jahre 1910 eine flugtechnische Abteilung in Hennigsdorf bei Berlin in Betrieb und sammelte erste Erfahrungen mit dem Wright-Doppeldecker. Rechtzeitig erkannte man, daß Holz nur in begrenztem Umfang als Flugzeugbaumaterial geeignet ist. Daher wandte die AEG als eine der ersten Firmen die Stahlrohrbauweise für Rumpf- und Flügelgerüste an. Werkflugplatz und Fliegerschule wurden im Jahre 1912 in Niederneuendorf in Betrieb genommen. Da der Hauptabnehmer der Flugzeuge in Deutschland das Militär war, wurden hier auch Militärpiloten ausgebildet. Walther Rathenau nahm großen Anteil an der Entwicklung dieser neuen Abteilung der AEG und kümmerte sich auch persönlich, wie aus seinen Tagebuchaufzeichnungen zu sehen ist, um Aufträge. Die AEG-Flugzeuge wurden überwiegend mit NAG-Motoren ausgerüstet.

Günstig für die Entwicklung der Luftfahrt in Deutschland wirkte sich die sogenannte „Nationalflugspende“ aus. Auf Initiative des Prinzen Heinrich von Preußen und unter seinem Protektorat bildete sich eine Reichskommission, die am 21. April 1912 einen Aufruf zur Förderung des Flugwesens auf allen Gebieten veröffentlichte. Innerhalb von acht Monaten wurden rund 7 1/4 Millionen Mark gespendet. Der größte Teil dieses Geldes fand Verwendung für die direkte Förderung der deutschen Luftrüstung. Der große Durchbruch im Flugzeugbau gelang der AEG erst mit Beginn des Ersten Weltkrieges; 1917 wurden rund

3 500 Arbeiter und Angestellte im Flugzeugbau beschäftigt. Bis Kriegsende konnten rund 1 800 Flugzeuge unterschiedlicher Typen geliefert werden. Außerdem wurden Aufträge bei der sich entwickelnden Flugplatzbefeuerung sowie dem Bau von Flugzeug-Funkstationen ausgeführt.

Bereits im Sommer 1917 wurden bei der AEG Initiativen entwickelt, das Flugzeug künftig auch als Verkehrsmittel zu nutzen. Am 13. Dezember 1917 wurde auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal unter finanzieller Beteiligung der AEG, der Deutschen Bank und der Luftschiffbau Zeppelin die „Deutsche Luftreederei GmbH“ (DLR) mit einem Stammkapital von 2,5 Millionen Mark gegründet. Im Gründungsprotokoll stellt sich die DLR die Aufgabe, „die Probleme des Luftverkehrs zu studieren und die Durchführung dieser Verkehrsart zu übernehmen“. Damit meldeten die Gründungsmitglieder der DLR ihren Anspruch auf eine einheitliche deutsche Luftverkehrsgesellschaft an. Nach Kriegsende erhielt die DLR am 5. Januar 1919 vom neugeschaffenen Reichsluftamt die „Zulassungs-Bescheinigung zum Luftverkehr Nr. 1“. Die DLR baute ehemalige AEG- und LVG-Militärflugzeuge zu Passagierflugzeugen um und eröffnete den deutschen Linien-Passagier-Flugverkehr am 5. Februar 1919 mit der Strecke Johannisthal-Weimar mit Zwischenlandung in Leipzig-Mockau. So wurde zum Beispiel im Auftrag der Reichspost die Verbindung mit der in Weimar tagenden Nationalversammlung sichergestellt. Das Liniennetz wurde schnell erweitert. Damit hatte sich die DLR zügig von der Kriegswirtschaft auf die innovative Herausforderung der Zivilluftfahrt umgestellt und den Linienflugverkehr in Deutschland eröffnet. Wirtschaftliche Zwänge führten zu Zusammenschlüssen im deutschen Luftverkehr. AEG, HAPAG, Luftschiffbau Zeppelin und die Metall-Gesellschaft (Dornier) gründeten die „Aero Union AG“ als Holding-Gesellschaft für die DLR. Durch ein persönliches Gespräch konnte Walther Rathenau den zögernden Claude Dornier zum Mitwirken bewegen. Das Interesse der DLR richtete sich hauptsächlich auf den Osten, daneben aber auch auf die internationalen Luftwege nach Norden und Nordosten. Am 11. November 1921 wurde in Berlin die „Deutsch-Russische Luftverkehrsgesellschaft“ (Deruluft) gegründet. Die Geschäftsanteile gehörten je zur Hälfte der Russischen Handelsvertretung in Berlin und

der Aero Union AG. Die zur Aero Union AG gehörende DLR organisierte den Flugbetrieb. Am 1. Mai 1922 wurde der regelmäßige Flugverkehr auf der Strecke Königsberg- Moskau aufgenommen.

Am 31. Januar 1922 wurde Walther Rathenau zum Reichsaußenminister ernannt. Als Hugo Eckener vom „Luftschiffbau Zeppelin“ im Frühjahr 1922 wegen des geplanten Baus des Reparations-Luftschiffes (LZ 126) Schwierigkeiten mit Reichsbehörden hatte, suchte er Anfang Juni 1922 den Minister auf. Der sagte ihm seine Unterstützung zu und sorgte dafür, daß ein Vertrag, der den Bau ermöglichte, vom Auswärtigen Amt in kurzer Zeit unterschriftsreif ausgearbeitet wurde. Als Hugo Eckener am 24. Juni 1922 zur Unterschrift in das Auswärtige Amt kam, waren kurz zuvor die für Walther Rathenau tödlichen Schüsse gefallen.

Unter dem maßgeblichen Einfluß der Deutschen Bank vereinigten sich am 6. Februar 1923 die meisten der bis zu diesem Zeitpunkt entstandenen etwa 30 deutschen Luftverkehrsgesellschaften (außer Junkers) zur „Deutschen Aero-Lloyd-AG“ (DAL). Der Flugzeugpark wurde nunmehr modernisiert und den Bedürfnissen der Zivilluftfahrt angepaßt, der Flugbetrieb von Staaken nach Tempelhof verlagert. Einziger wesentlicher deutscher Konkurrent war die „Abteilung Luftverkehr“ der „Junkers Flugzeugwerke AG“ in Dessau, die ausschließlich Junkers-Flugzeuge einsetzte. Im Jahre 1925 wurde der Kampf um die Vormachtstellung für die DAL und die im Jahre 1924 gegründete „Junkers Luftverkehr AG“ existenzbedrohend. Auf Initiative von Ernst Brandenburg, dem Leiter der Luftfahrt-Abteilung im Reichsverkehrsministerium, wurden beide Unternehmen zur Fusion gezwungen, wobei Junkers dem Reich die Verfügung über die Junkers Luftverkehrs AG überlassen mußte. Am 6. Januar 1926 konstituierte sich in Berlin, Hotel „Kaiserhof“, unter Leitung von Ernst Brandenburg die „Deutsche Luft Hansa AG“, unter deren frühen Wegbereitern Walther Rathenau eine wesentliche Rolle gespielt hatte.

NEUE MITGLIEDER

Wir begrüßen als neue Mitglieder:

Herrn Dr. DIETER HEIMBÖCKEL, dessen literaturwissenschaftliche Dissertation „Walther Rathenau und die Literatur seiner Zeit. Studien zu Werk und Wirkung“ noch im Laufe dieses Jahres als Buch erscheinen wird;

Herrn Dr. RUDOLF M. HEILBRUNN – Ehrenmitglied der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, geboren im Jahre 1901, als Senior unserer Gesellschaft. Seine Studien zur Emanzipation Frankfurter Juden, die er nach der Rückkehr aus dem holländischen Exil betrieb, führten ihn über die mütterlichen Vorfahren zu Walther Rathenau, dessen Gedankengut er sich besonders verbunden fühlt;

LOUIS GRAF VON ZECH, Vorstandsmitglied der BHF-Bank. Er wird nach der Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft die traditionell vertrauensvolle Zusammenarbeit dieses Nachfolge-Instituts der alten Berliner Fürstenberg-Bank – der Emil und Walther Rathenau eng verbunden waren – mit unserer Gesellschaft weiterführen.

NACHRUF

Am 25. Januar 1996 verstarb in Zürich die Pianistin Frau BÄRBEL ANDREAE als letzte der vier Nichten Walther Rathenaus. Wir verlieren mit ihr ein Gründungsmitglied unserer Gesellschaft aus dem engen Familienkreis, das unsere Arbeit stets engagiert unterstützt hatte und dem wir wichtiges Material und wertvolle Hinweise verdanken. Wir werden Frau Bärbel Andreae ein ehrendes Andenken bewahren.

NEUERSCHEINUNGEN

Paul Létourneau, Walther Rathenau 1867-1922.

Strasbourg: Presses universitaires, Collection „Les mondes germaniques“, 1995.

ISBN 2-86820-516-X. Kart. 271 S., FF 130,-.

Martin Sabrow, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 69).

München: R. Oldenbourg, 1994.

ISBN 3-486-64569-2. Kart. 231 S., 35,- DM.

Renate Stolte, Walther Rathenau und Constantin Brunner – Aspekte einer außergewöhnlichen Beziehung,

in: Jürgen Stenzel (Hg.), „Ich habe einen Stachel zurückgelassen ...“. Beiträge zum Brunner-Symposium Hamburg 1995.

Essen: Verlag die blaue Eule (Brunner im Gespräch, Bd. 4) 1995.

ISBN 3-98206-712-0. Kart. 286 S., DM 48,-.